

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses Nr. III/2003

Donnerstag, 08.05.2003 um 16:00 Uhr

Ort: Volkshochschule, Wehringhauser Str. 38 (Villa Post)

Anwesend waren:

a) als stimmberechtigte Mitglieder:

Ratsmitglied Frau Wolff als Vorsitzende
Herr Dücker
Herr Röspel
Herr Strüwer
Herr Gockeln
Frau Huvers
Herr Finkensiep
Frau Hirsch
Herr Kirchhoff
Herr Grevelhörster
Herr Schledorn
Herr Siegler
Herr Haensel
Frau Rupa
Herr Schütte

b) als beratende Mitglieder:

Frau Andree
Herr Halfter
Herr Heer
Frau Hörschelmann
Herr Schurgacz
Herr Steuber
Herr Dr. Schmidt
Herr Obereiner
Herr Levien
Herr Kothe

c) als Schriftführerin

Frau Krause

d) Hinzugezogen waren:

Herr Goldbach	Fachbereich Jugend & Soziales
Herr Groening	Fachbereich Jugend & Soziales
Herr Machatschek	Fachbereich Jugend & Soziales
Herr Meisborn	Fachbereich Jugend & Soziales
Frau Gleim	Rechnungsprüfungsamt
Herr Kortmann	Amt für Schulverwaltung und Hochschulwesen
Frau Ehrlicher	Amt für Schulverwaltung und Hochschulwesen
Herr Schubert	Amt für Statistik und Stadtforschung
Frau May	HABEQ
Frau Braun	AWO

e) Mit Entschuldigung fehlten:

Herr Fischer
Herr Kruska
Herr Ludwig
Herr Klein

Inhaltsverzeichnis

TOP	Stichwort	Seite
1.	Mitteilungen	4
2.	Bestellung des zweiten Vertreters der Schriftführerin	Drucksachen - Nr. 500023/03 5
3.	Seminar JHA - Mitglieder	5
3a.	Sprachförderung im Elementarbereich in Altenhagen Bericht über das K & O Projekt durch Frau Braun	5/6
4.	Elmar-Sportplatz an der Krähnockenstraße	6
5.	Offene Ganztagsgrundschule	7-9
6.	Sprachförderung von Migrantinnen und deren Kinder	Drucksachen - Nr. 500025/03 9
7.	Situation des Jugendausbildungsmarktes und ergänzender Fördermaßnahmen zur beruflichen Integration junger Menschen in Hagen – mündlicher Bericht des Arbeitsamtes – (Herr Levin)	10/11
8.	Drogenhilfe (Hilfe Sofort)	Drucksachen - Nr. 500026/03 12
9.	Tageseinrichtung für Kinder Hier: Umfrage zur Betreuungssituation von Kindern 2002	Drucksachen - Nr. 500034/03 12
10.	Antrag auf Gewährung einer Zuwendung zu den Sanierungs- und Substanzerhaltungsmaßnahmen Kinderhort Seilerstraße 11 und Kindergarten Bürgerstraße 35	Drucksachen - Nr. 500030/03 12
11.	Anfragen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Rates	13

Frau Wolff eröffnet die Sitzung um 16:05 Uhr.

1. Mitteilungen

Frau Wolff begrüßt insbesondere die Mitglieder des Jugendrates und heißt sie herzlich willkommen. Außerdem entschuldigt sie die Abwesenheit der Herren Fischer, Kruska, Ludwig und Klein.

Mit dem Einverständnis der Mitglieder des Ausschusses wird TOP 6 in TOP 3 a umgewandelt und entsprechend vorgezogen.

Herr Steuber teilt mit, dass der Oberbürgermeister am letzten Freitag den Kontrakt im Bereich Offene Kinder- und Jugendarbeit mit ihm gemeinsam unterzeichnet habe. Insofern liege nunmehr eine Legitimationsgrundlage vor, nach der verfahren werden könne. Das angepeilte finanzpolitische Ziel sei wahrscheinlich erreichbar. Ein Erfahrungsbericht werde nach der Sommerpause erfolgen.

Weiterhin informiert Herr Steuber darüber, dass seit dem 01.04.03 ein neues Jugendschutzrecht gilt. Er würde gern den Ausschuss in einer der folgenden Sitzungen über die Änderungen in Kenntnis setzen.

Herr Haensel berichtet über eine Aktion des Lions - Club Hagen, in dem es darum ging, ein Straßenkinderprojekt für Hagen zu fördern. Mit einer Spende in Höhe von 15.000 € konnte eine halbe Mitarbeiterstelle für ein halbes Jahr gefördert werden. Der Mitarbeiter nahm zum 01.04. des Jahres seine Arbeit auf. Es handelt sich um ein Kooperationsprojekt unter Trägerschaft des Diakonischen Werkes mit Mitarbeitern des Kinderdorfes Weißenstein. Sollte von Seiten des Jugendhilfeausschusses Interesse bestehen, könne zum Ende der Pilotphase ein Bericht erfolgen.

Herr Schledorn lädt die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses für Freitag, den 16.05.03, 17.00 Uhr in die Palmkeschule ein. Anlass ist der Besuch von 4 Jugendlichen aus Sarajewo im Alter zwischen 23 und 25 Jahren, die in der nächsten Woche in verschiedenen Hagener Schulen Projekte durchführen zur Situation von Jugendlichen in Kriegssituationen. Dies sei entstanden aus der Diskussion im Umfeld der großen Schülerdemonstrationen im Februar.

Die Partner bei diesem Projekt sind die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die DGB – Jugend, Schülervertretungen und die SPD in Hagen.

Am Freitag in die Palmkeschule sind Jugendliche, Berufsjugendliche und Interessierte eingeladen, sich über die Situation der Jugendlichen aus Sarajewo auseinanderzusetzen mit Diskussion und anschließender Abschiedsparty.

Herr Goldbach bedauert, dem Jugendhilfeausschuss eine weniger angenehme Mitteilung machen zu müssen. Für die Schwerpunktförderung im Landesjugendplan seien keine Mittel mehr vorgesehen. Es ergebe sich somit ein Verlust in Höhe von 39.000 €, der aber teilweise durch einen Projektfond der Träger aufgefangen werden könne.

2. Bestellung des zweiten Vertreters der Schriftführerin

Frau Wolff stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Der Jugendhilfeausschuss bestellt für die Wahlzeit des Rates zum zweiten Vertreter der Schriftführerin Herrn Matthias Meisborn.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

3. Seminar JHA - Mitglieder

Frau Wolff äußert sich erstaunt darüber, dass bezüglich des Seminars keine Rückmeldung erfolgt ist und fragt, ob zukünftig kein Seminar mehr durchgeführt werden soll oder ob bisher die Zeit fehlte, sich damit zu befassen.

Sie bietet zwei Seminare des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe zur Auswahl an, einmal das Seminar mit dem Titel: „Demokratie fördern...“ und „Die offene Ganztagschule in NRW“, die beide am 03.06.03 im Landeshaus Münster stattfinden.

Es bestehe auch die Möglichkeit, die Referenten zu diesen Themen nach Hagen einzuladen.

Die Vorsitzende bittet, sich bis zur nächsten Sitzung darüber Gedanken zu machen, ob diese Themen in Frage kommen oder ob weitere Vorschläge gemacht werden können.

3a Sprachförderung im Elementarbereich in Altenhagen Bericht über das K&Q Projekt durch Frau Braun (AWO)

Frau Braun bedankt sich ganz herzlich, dass sie über das Projekt K&Q berichten darf. Es handelt sich dabei um eine Erprobungsmaßnahme, die im letzten Jahr für die Dauer von drei Monaten im Stadtteil Altenhagen stattgefunden hat.

Inhalt des Projektes war die Sprachförderung von Müttern und Kindern mit Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen. Der Ansatz dieser Förderung liegt in der intensiven Beziehung zwischen Mutter und Kind. Der Spracherwerb der Kinder beginnt natürlich in der Regel im frühen Alter in der Familie. Eltern haben dabei die Funktion von Initiatoren und Leitbildern. Dieses hat in Migrantenfamilien, in denen die Mutter meistens die Hauptbezugsperson ist, eine ganz andere Bedeutung als bei inländischen Familien. Diese Vorbildfunktion der Mutter, die eine emotionale Bindung zu ihren Kindern hat, ist eine wesentliche Grundvoraussetzung bei der Sprachförderung. Im Folgenden erläutert Frau Braun ausführlich die Inhalte und Erfolge der Maßnahme. Die Wortschatzleistung der Kinder hat sich nach den drei Monaten fast um das Sechsfache erhöht.

Außerdem bleibt festzustellen, dass die Akzeptanz von zweisprachigen Erzieherinnen um ein Vielfaches höher ist als die von Deutschsprachigen.

Frau Braun bedankt sich abschließend ganz herzlich bei der Stadt Hagen, die über eine Projektförderung die Durchführung dieses Projektes möglich gemacht hat, bei den Vertretern/Leiterinnen der jeweiligen Kindergärten und den verschiedenen mehrsprachigen Referentinnen, Eltern und Kindern, die an diesem Projekt mitgewirkt haben.

Die Herren Strüwer, Schledorn und Dücker stellen einige inhaltliche Fragen, die Frau Braun anschließend wie folgt beantwortet:

Die Größe der Gruppe lag bei 6-8 Kindern pro Gruppe in einem Alter von 3-6 Jahren. Die Zahl der Mütter war identisch. Das Projekt legte sich auf zwei Herkunftssprachen fest, und zwar türkisch und polnisch. Den Aussiedlern fiel es hierbei sichtlich schwerer, zuzugeben, dass sie eine Sprachförderung benötigen. Die Beteiligten des Projektes blieben zu 100 % bis zum Schluss dabei. Eine Übertragung in den normalen Alltag wäre nur möglich, wenn die Kräfte in den Kindergärten abgesehen von der Arbeitsbelastung ein entsprechendes heilpädagogisches Basis-Know-how hätten, das sie in die Gruppenarbeit einfließen ließen.

Die Kosten für dieses komplette Programm betragen 21.000 €.

Herr Strüwer äußert die Bitte, diesen erfolgreichen Versuch möglichst auch in andere Bereiche zu übertragen und entsprechende Angebote für Kindergärten mit besonders hohem Ausländeranteil zu machen.

Auf die Frage von Herrn Dr. Schmidt nach dem Lernerfolg der Mütter teilt Frau Braun mit, dass eine Sprachstandserhebung der Mütter aufgrund vorhandener Vorbehalte nicht möglich war und daher auch keine Wortschatzvermehrung messbar war. Hier sei Kritik an dem Projekt möglich.

Herr Goldbach weist in diesem Zusammenhang auf die Sprachförderung in Altenhagen laut vorliegender Vorlage hin, die noch nicht begonnen hat. Hierin liege eine große Chance.

Abschließend bedankt sich Frau Wolff ganz herzlich bei Frau Braun für die erzielten Spracherfolge.

4. Elmar-Sportplatz an der Krähnockenstraße

Die Vorsitzende führt aus, dass sie von Eltern, die in diesem Bereich Kinder hätten, angeschrieben worden sei. Bisher sei das Gelände, auf dem sich der Elmar-Sportplatz befindet, im Besitz der Kirchengemeinde und von der Stadt angemietet worden. Nunmehr wurde dieser Vertrag gekündigt und die Eltern hätten die Sorge, dass nun eine Nutzungsänderung des Grundstücks vorgenommen werde und in Oberhagen damit die letzte Freifläche für Kinder entfalle.

An der nachfolgenden Diskussion beteiligen sich die Herren Schledorn, Schurgacz, Kirchhoff, Strüwer, Steuber und Frau Hirsch. Man ist sich darüber einig, wie wichtig es ist, Freiflächen dieser Art für Jugendliche bereit zu stellen und formuliert gemeinsam den folgenden Beschlussvorschlag:

Das Liegenschaftsamt wird gebeten, mit der Kirchengemeinde dahingehend zu verhandeln, dass die Fläche im Bereich Oberhagen als Bolzplatz in diesem Sinne erhalten bleiben kann, bis eine entsprechende Bebauung erfolgt oder im Tausch eine entsprechende Fläche zur Verfügung gestellt werden kann.

Weiterhin wird gebeten, dem Jugendhilfeausschuss über das Ergebnis der Verhandlung in seiner nächsten Sitzung am 26.06.03 Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

5. Offene Ganztagsgrundschule

Frau Wolff begrüßt ganz herzlich die Vertreter des Schulverwaltungsamtes und stellt die übersandte Vorlage zur Diskussion.

Herr Strüwer weist darauf hin, dass die Janusz-Korczak-Grundschule grundsätzlich Bereitschaft signalisiert habe, auch kurzfristig in das Projekt einzusteigen. In der Vorlage sei verwiesen auf verschiedene Termine, die noch in dieser Woche stattgefunden hätten, wie z. B. die Tagung der Schulkonferenz und der Projektgruppe, die entgegen der Verwaltungsmeinung schon 2003 mit der Einführung der Ganztagsgrundschule einsteigen möchte, und es sei natürlich interessant, zu erfahren, was sich dort ergeben habe.

Der Leiter des Schulverwaltungsamtes, Herr Kortmann, berichtet von einem Termin, der am gestrigen Tag mit Bauordnungsamt und Feuerwehr an der Janusz-Korczak-Grundschule stattgefunden habe, in dem es um die Begutachtung baulicher Veränderungen ging.

Er sieht ein Problem darin, mit der Auswahl dieses einen Trägers als Ganztagsgrundschule zu Beginn für immer Fakten zu schaffen und damit die Atmosphäre zu vergiften, da die Diskussion auf breiter Ebene zwischen den freien Trägern noch nicht so weit gediehen sei.

Herr Strüwer weist auf den in der Vorlage neben den Zielen auch abzuarbeitenden Ablaufplan hin. Das Zusammenspiel zwischen Jugendhilfe und Schule müsse in Ruhe und mit Bedacht erfolgen. Eine abgestimmte Bedarfsplanung lasse aus Sicht der CDU-Fraktion den Einstieg erst im nächsten Jahr sinnvoll erscheinen. Man solle nicht als einzige die genannten Schulen, die Bereitschaft signalisiert hätten, einbeziehen, sondern den Blick für alle offen halten. Hierbei sei auch der bezirkliche Hintergrund zu sehen.

Frau Hirsch leuchten diese Argumente gegen einen Einstieg in die Ganztagsgrundschule im Jahr 2003/2004 nicht ein. Sie hält die freien Träger aufgrund eigener Erfahrungen für sehr flexibel. Es müsste durchaus möglich sein, bis September eine entsprechende Konzeption stehen zu haben. Schwierigkeiten könnten sich allerdings bei der zeitlichen Umsetzung der baulichen Maßnahmen ergeben.

Herr Dücker befürwortet die Ausführungen von Herrn Strüwer und weist auf einen klaren Vorteil hin, und zwar den finanziellen Aspekt. Aus der Vorlage gehe hervor, dass das Land sehr großzügige Zuschüsse vererbe, verdeckt werde hierbei jedoch die kommunale Leistung/Vorleistung im personellen und investiven Bereich und dann auch in der Weiterführung. Der kommunale Anteil müsse klar offenliegen. Er halte den Einstieg im Jahre 2004 für vorteilhaft, da bis dahin ausreichend Zeit sei, die entstehenden Kosten unter Berücksichtigung der Möglichkeiten der Refinanzierung über Elternbeiträge unter Einbeziehung freier Träger und Sportvereine in einer weiteren Vorlage darzustellen. Weiterhin sollte man die Chance nutzen, mehr auf pädagogische Maßnahmen einzugehen.

Auch die Herren Schledorn und Kirchhoff sprechen sich in ihren Ausführungen für den Einstieg im Jahre 2004 aus.

Herr Röspel hält es für ausgesprochen wichtig, sich auf einen behutsamen Weg zu begeben, um all die angesprochenen Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Er weist darauf hin, dass die offene Ganztagschule die Horte nicht verdrängen dürfe. Beide hätten pädagogische Aufträge von unterschiedlicher Natur.

Herr Siegler besinnt sich auf die Aufgabe des Jugendhilfeausschusses, die Interessen der Kinder wahrzunehmen. Es wäre wünschenswert, zwischen dem Schaffen der strukturellen Rahmenbedingungen und den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen eine Trennung zu vollziehen. Beides solle jedoch zeitgleich erfolgen.

Zu der auf Seite 6 der Vorlage genannten Arbeitsgruppe möchte Herr Siegler gern wissen, ob diese eine Art Projektleitung hat oder ob es sich hierbei um eine verwaltungstechnische Arbeitsgruppe handelt, die die Vorlage vorbereitet hat. Er fände es gut, wenn es eine Art gemixte Projektleitung aus beiden Arbeitsfeldern gäbe, damit beide Stränge gleichermaßen Berücksichtigung finden.

Er hat ein Problem damit, dass die Offene Ganztagschule nur als Angelegenheit der Schule gesehen wird. Die Arbeit mit Jugendlichen sollte nicht den schulischen Belangen untergeordnet sein. Eine Kooperation der beiden Felder Schulentwicklung und Jugendhilfeplanung erscheine sinnvoll und wichtig.

Weiterhin wünscht sich Herr Siegler eine Abstimmung der Schulleiter, die sich an dem Projekt beteiligen, und der freien Träger in Arbeitsgemeinschaften. Er weist darauf hin, dass es sehr auf die Standortbedingungen ankommt und warnt davor, der Versuchung der Investitionszuschüsse zu erliegen. Hier könne von Seiten der Stadt geschaut werden, wo bauliche Veränderungen notwendig und sinnvoll sind.

Als letztes könne bei den Eltern sehr schnell der falsche Eindruck entstehen, dass durch die Ganztagsgrundschule Hortplätze wegfallen. Hier habe der Jugendhilfeausschuss den Auftrag, rechtzeitig zu informieren.

Herr Steuber weist darauf hin, dass die Kooperation von Schulentwicklungsplanung und Jugendhilfeplanung sehr gut funktioniere.

Des Weiteren sei die Einrichtung einer Ganztagschule mit der damit zusammenhängenden Finanzverantwortung auch nach Auffassung des Städtetages ganz klar eine schulische und damit eine Landesangelegenheit.

Herr Goldbach bekräftigt die Aussage von Herrn Steuber und merkt an, dass Jugendhilfe in diesem Zusammenhang Kooperationspartner ist. Die Zusammenarbeit mit den freien Trägern erfolge im Übrigen bereits in bestehenden Arbeitsgemeinschaften.

Auf diese Aussage bezugnehmend weist Herr Haensel auf die Arbeitsgemeinschaften 1 und 3 hin und bedankt sich ganz herzlich für das Gespräch mit den freien Trägern. Es bestehe von Seiten der Schulen die Sorge, dass die Qualität der Inhalte nachlassen könne. Die Angebote in der Vorlage seien nicht ganz vollständig und müssten gegebenenfalls ergänzt werden.

Herr Strüwer betont, dass dieser Erlass in der Welt sei und daher auch akzeptiert werden müsse.

Er beantragt im Namen der CDU-Fraktion, den Beschlussvorschlag in der Vorlage bei dem letzten Spiegelstrich mit dem Satzfragment – auch unter Berücksichtigung der Stadtbezirke- zu erweitern.

Herr Dr. Schmidt schließt die Diskussion mit der Aussage, dass das Risiko **nicht** einzusteigen, größer sei, als das Risiko einzusteigen.

Die Vorsitzende stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Der Rat nimmt die Ausführungen in dieser Vorlage zustimmend zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt,

- **auf der Grundlage einer gemeinsamen Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung**
- und**
- **zielorientierter Diskussion mit den Trägern der Jugendhilfe und interessierten Schulen**
- **unter Beachtung der finanziellen Situation des städt. Haushaltes, d.h. haushaltsneutral**
- **für den Beginn des Schuljahres 2004/2005 erlasskonform Antragskriterien gem. einer Bedarfsermittlung – auch unter Berücksichtigung der Stadtbezirke – darzustellen. Pilotschule soll hierbei die Janusz-Korczak-Grundschule sein.**

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

6. Sprachförderung von Migrantinnen und deren Kinder

Der Leiter der RAA, Herr Vollmer, erläutert die Vorlage kurz und weist darauf hin, dass diese nur als ein Zwischenbericht zu betrachten sei im Sinne einer Bestandsdarstellung in Hagen. Die bestehende Arbeitsgruppe habe das Ziel, zusammenzutragen, was in dieser Vorlage noch fehle, welche Elemente in Hagen wegbrächen und welche realisierbar seien und was an Verknüpfungen der hier aufgeführten Bestandsdarstellung noch vorstellbar sei.

Er berichtet, dass das Landesinstitut in Soest der Arbeitsgruppe angeboten habe, die Stadt Hagen mit den Städten Mühlheim, Herne und/oder Oberhausen einzubeziehen in ein flächendeckendes Versuchsprogramm zur Sprachstandsfeststellung von Kindergartenkindern und Grundschulkindern. Dieses Angebot habe die Arbeitsgruppe dankend angenommen.

Herr Siegler möchte wissen, wie akut die in der Vorlage unter Seite 6 Punkt 4 angesprochene Problemankündigung sei.

Herr Vollmer erwidert, dass die Regelung und die Auseinandersetzung um das Zuwanderungsgesetz im Moment nicht sehr akut sei.

Frau Wolff stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Der Bericht der Arbeitsgruppe wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

7. Situation des Jugendausbildungsmarktes und ergänzender Fördermaßnahmen zur beruflichen Integration junger Menschen in Hagen – mündlicher Bericht des Arbeitsamtes (Herr Levien)

Herr Levien stellt fest, dass zur Zeit eine sehr prekäre Situation herrscht, nicht nur auf dem Arbeitsmarkt im Arbeitsamtbezirk Hagen, sondern eine noch prekärere Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt in unserer Region, die auch deutlich vom Landestrend abweiche.

Zur Zeit gebe es im Vergleich zum Vorjahr über 20 % weniger Ausbildungsstellen. Im Vorjahr standen ca. 2.500 Ausbildungsstellen zur Verfügung, zur Zeit sind es etwa 1.980.

Auf 6 Ausbildungsplätze kämen im Moment immerhin 10 Bewerber.

Die Bewerberzahlen seien im Vergleich zum Vorjahr um 3,7 % gesunken.

Das liege daran, dass einige der Bewerber im Vorfeld eine schulische Laufbahn einschlagen, da sie erkannt haben, wie schwierig die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist. Die echten Bewerberzahlen seien daher nicht rückläufig einzustufen.

Der stärkste Rückgang im Bereich von Ausbildungsplätzen ist im Bereich Metall zu verzeichnen.

Bei den Fördermaßnahmen gebe es sowohl Angebote für Jugendliche **ohne**, als auch für Jugendliche **mit** beruflichem Abschluss.

Das Arbeitsamt Hagen habe am Vortag die Mitteilung aus Nürnberg bekommen, dass mit der Förderung berufsvorbereitender Bildungsmaßnahmen und der Förderung von jugendlichen Behinderten im gleichen Rahmen wie im Vorjahr weitergemacht werde. Es werde keine Einsparungen in diesem Bereich geben.

Für Hagen sei im Bereich der Berufsvorbereitung eine Gesamtkapazität von fast 1.200 Plätzen geplant für dieses Jahr, wobei 800 Plätze davon für nichtbehinderte und 380 für behinderte Jugendliche vorgesehen seien. Rund 70 % der Plätze seien im Moment schon gesichert.

Darüber hinaus gebe es auch den Bereich der Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen für Benachteiligte. Dieser Bereich sei jedoch sehr begrenzt.

Herr Levien übergibt einige ergänzende Unterlagen über den Ausbildungsmarkt, die diesem Protokoll als Anlage beigefügt sind.

Ergänzend weist Herr Kortmann darauf hin, dass aktuell 400 Plätze mehr an dem Berufskolleg in den Vorzeitbildungsgängen zur Verfügung stehen. 250 Jugendliche stünden auf Wartelisten.

An der nachfolgenden Diskussion beteiligen sich die Herren Schledorn, Haensel und Strüwer. Die Vorsitzende betont, dass die Stadt Hagen im Bereich der Ausbildung vorteilhaft vorangehen sollte. Auf den Tag des Ausbildungsplatzes am 24.06. wird hingewiesen.

Herr Steuber weist darauf hin, dass in der nächsten Woche Unterredungen mit dem Arbeitsamt geplant sind.

Unter Bezugnahme auf das Bündnis gegen Jugendarbeitslosigkeit, das vor einiger Zeit gegründet wurde, stellt die Vorsitzende Frau Mey von der HABEQ vor. Diese ist seit dem 1. März diesen Jahres bei diesem Bündnis im Bereich „Übergang Schule und Beruf“ beschäftigt und arbeitet netzwerkorientiert.

Das Projekt hat eine Laufzeit bis Dezember 2004. Frau May hat den Auftrag, Transparenz in diesen Bereich „Übergang Schule und Beruf“ mittels eines Internetauftritts für Multiplikatoren, für Jugendliche und deren Eltern zu bringen. Daneben soll sie in Schulen erfragen, in welcher Form Berufswahlorientierung stattfindet. Frau May weist auf eine Broschüre zu diesem Thema hin, die sie den Ausschussmitgliedern zur Verfügung stellen könne und bietet an, dass bei bestehendem Interesse jederzeit zu der HABEQ Kontakt aufgenommen werden könne.

Frau Wolff bedankt sich bei Frau May und stellt den von Herrn Schledorn eingebrachten Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

In diesem Jahr wird voraussichtlich die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge deutlich sinken, während es zu einem Anstieg der BewerberInnen kommen wird:

Hatten schon im vergangenen Jahr viele Jugendliche Schwierigkeiten, einen angemessenen Ausbildungsplatz zu erhalten, so wird - wenn nicht gegengesteuert wird – die Zahl der arbeits-, bzw. ausbildungsplatzlosen Jugendlichen in diesem Jahr auch in Hagen deutlich steigen.

In Hagen und der Region existiert ein fein ausgeklügeltes System an Konsensrunden und Runden Tischen, in denen Maßnahmeträger, öffentliche Hand, Arbeitsverwaltung, Gewerkschaften, Kammern, Wohlfahrtsverbände und Arbeitgeber zusammenarbeiten und sich mit ihren Stärken einbringen.

Dies scheint nicht mehr auszureichen, zumal sich verstärkend zur Wirtschaftskrise zunehmend Unternehmen und Betriebe aus der beruflichen Erstausbildung zurückziehen.

Im Dezember 2001 hat sich das Regionale Bündnis gegen Jugendarbeitslosigkeit Hagen/Ennepe - Ruhr bestehend aus dem Minister Schartau, dem OB Horn, dem Landrat Stein (jetzt: Brux), dem Arbeitsamt Hagen, der SIHK, dem Märkischen Arbeitgeberverband, der Kreishandwerkerschaft Hagen und Ennepe-Ruhr, der DGB- Region Ruhr-Mark, den örtlichen Wohlfahrtsverbänden, der Regionalstelle Frau und Beruf Hagen-EN und der Konsensrunde Hagen/Ennepe - Ruhr gebildet.

„Durch den Zusammenschluss der vielen engagierten Partner und Institutionen soll erreicht werden, dass Jugendarbeitslosigkeit in der Region weiterhin stetig reduziert wird“, so die Zielsetzung in der Gründungspräambel.

Der JHA bittet dieses Regionale Bündnis und den OB,

- 1. öffentlich verstärkt um die Bereitstellung von Arbeitsplätzen zu werben,**
- 2. zeitnah (vor der Sommerpause) eine Ausbildungsmarktkonferenz durchzuführen, um gemeinsam die Instrumente zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu schärfen.**

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

8. Drogenhilfe (Hilfe Sofort)

Nach einer kurzen intensiven Diskussion, an der sich die Herren Goldbach, Kirchhoff, Strüwer, Dr. Schmidt, Dücker, Schledorn beteiligen, einigt man sich auf den von Herrn Strüwer formulierten Beschlussvorschlag, den die Vorsitzende zur Abstimmung stellt:

Der Rat der Stadt nimmt den Bericht der Verwaltung zu Finanzierungsmöglichkeiten der Fachkraft „Soforthilfe für Drogenabhängige“ zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, Verhandlungen mit dem Märkischen Kreis und der Stadt Gevelsberg aufzunehmen, um deren finanzielle Beteiligung für die Weiterführung der Maßnahme abzuklären.

Gleichzeitig soll die Verwaltung überprüfen, inwieweit eine zusätzliche Finanzierung über Dritte (Sponsoren, Förderkreis Drogenhilfe, Ordnungspartnerschaften etc.) möglich ist.

Der Eigenanteil der Stadt Hagen zur Fortführung der Fachkraft „Soforthilfe für Drogenabhängige“ beträgt 15.000 € und ist durch die ab 2003 jährliche eingesparten Mittel im Bereich der Substitution von Drogenabhängigen (50.000 €) zu kompensieren.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

9. Tageseinrichtungen für Kinder

Hier: Umfrage zur Betreuungssituation von Kindern 2002

Herr Machatschek gibt einige Erklärungen zu der in der Vorlage dargestellten Umfrage zur Betreuungssituation von Kindern.

Der folgende Beschlussvorschlag wird ohne Diskussion zur Abstimmung gestellt:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

10. Antrag auf Gewährung einer Zuwendung zu den Sanierungs- und Substanzerhaltungsmaßnahmen Kinderhort Seilerstraße 11 und Kindergarten Bürgerstraße 35

Frau Wolff stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Das Diakonische Werk – Innere Mission in den Kirchenkreisen Hagen und Schwelm e.V. – erhält für die Einrichtungen Seilerstraße 11 und Bürgerstraße 35 einen Zuschuss in Höhe von 585.694 EURO.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

11. Anfragen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Rates

Keine.

Ende der Sitzung um 19:10 Uhr.

Vorsitzende

Schriftführerin

Fachbereichsleiter